



STELLUNGNAHME zum Änderungsantrag GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	2017/0250
	Verantwortlich:	Dezernat 1
Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Karlsruhe: Ausschuss-Beratungen im Regelfall öffentlich durchführen		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	25.04.2017	3	x	

Kurzfassung

Der Gemeinderat hat sich im Workshop am 29. Januar 2016 mit dem Thema der Öffentlichkeit von Sitzungen befasst und sich mehrheitlich darauf verständigt, an der bestehenden Praxis festzuhalten, in der Regel nichtöffentlich vorzubereiten und die Vorlagen dieser nichtöffentlich tagenden Gremien erst nach erfolgter Vorberatung zu veröffentlichen. Die Verwaltung folgt diesem Votum und empfiehlt daher, den Antrag abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)		x	nein		ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt		Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Haushaltsmittel stehen (bitte auswählen)					Kontenart:
Kontierungsobjekt: (bitte auswählen)					
Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	x	nein		ja	Handlungsfeld: (bitte auswählen)
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	x	nein		ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	x	nein		ja	abgestimmt mit

Der Gemeinderat und seine beschließenden Ausschüsse haben grundsätzlich öffentlich zu beschließen und insoweit auch öffentlich zu beraten. Dabei sind die Vorgaben des § 35 Gemeindeordnung zu beachten. Demnach muss nichtöffentlich verhandelt werden, wenn das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern (§ 35 Absatz 1 Satz 2 GemO).

Für vorberatende Ausschusssitzungen räumt die im Jahr 2015 geänderte Gemeindeordnung Baden-Württemberg abweichend vom bisherigen Grundsatz der Nichtöffentlichkeit nun ein Wahlrecht ein, sie können gemäß § 39 Absatz 5 Satz 2 GemO öffentlich oder nichtöffentlich stattfinden. Auch hier sind die Regelungen des § 35 GemO zu beachten.

Der Gemeinderat hat sich im Workshop am 29. Januar 2016 mit dieser Thematik befasst und sich mehrheitlich darauf verständigt, an der bestehenden Praxis festzuhalten, in der Regel nicht-öffentlich vorzubereiten und die Vorlagen dieser nichtöffentlich tagenden Gremien erst nach erfolgter Vorberatung zu veröffentlichen. Die Verwaltung folgt diesem Votum und empfiehlt daher, den Antrag abzulehnen.